



Adressaten:

Genehmigungs- und Planungsbehörden sowie Investoren

Beschluss:

Resolution des Kreistages vom 21. April 2008

Der Klimawandel mit seinen Folgen stellt ein globales Problem dar, das als weltweite Herausforderung in allen Ländern zwischenzeitlich auf der Agenda steht. Dies gilt insbesondere auch für die Industrienation Deutschland.

Eine optimale Energieversorgung muss sowohl dem Klimaschutz Rechnung tragen als auch die notwendige Energie für unsere Wirtschaft bereit stellen.

Dies sichert und schafft Arbeitsplätze und versetzt uns in die Lage, in erneuerbare Energieversorgungssysteme investieren zu können und höhere Wirkungsgrade bei neuen Anlagen zu erzielen. Der Stader Kreistag bekennt sich zu seiner Aufgabe, auch regional im Rahmen der Möglichkeiten einen Beitrag für einen effektiven und effizienten Klimaschutz und zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels zu leisten.

Der Kreistag bekennt sich ausdrücklich zum Industrie- und Energiestandort Stade. Wir begrüßen außerordentlich, dass die DOW Stade ihre Energieversorgung auf dem eigenen Werksgelände sicherstellen will und eine Kraft-Wärme-Kopplung plant, die für einen verantwortungsbewussten und schonenden Umgang mit den energetischen Ressourcen steht.

Die positive Entwicklung des Landkreises Stade in den vergangenen Jahrzehnten ist auch auf die Industrieansiedlung in Stade-Bützfleth zurückzuführen.

Für die Bürgerinnen und Bürger sowie zur Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze hält der Kreistag es für unerlässlich, den Kraftwerkstandort Stade zu unterstützen, weil dieser für unsere Region einen Beitrag zur Sicherung des Industriestandortes und zur Versorgungssicherheit bedeutet. Die Ziele der Versorgungssicherheit und des Umweltschutzes müssen ausgewogen berücksichtigt werden. Bundesweit müssen sich deshalb neue Kraftwerke in die energie- und klimapolitische Strategie der Bundesregierung einfügen.

Wir fordern die Genehmigungsbehörden länderübergreifend auf, bei ihren Entscheidungen zu anstehenden Kraftwerksplanungen die Gesamtinanspruchnahme der Region und Bevölkerung inklusive ausreichender Abstände zur Wohnbebauung ebenso zu berücksichtigen wie die Betroffenheit insbesondere hinsichtlich der Landwirtschaft, des Obstbaus und des Tourismus. Im Genehmigungsverfahren ist eine maximale Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger an der Niederelbe sicherzustellen.

Zur Umsetzung der klima- und energiepolitischen Zielsetzungen und angesichts der Inanspruchnahme der Region sind an Kraftwerksplanungen u.a. folgende Anforderungen zu stellen:

1. modernste Technik
2. höchst möglicher Wirkungsgrad
3. Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur Nutzung von Kraft-Wärme-Kopplung; das Angebot der Kraft-Wärme-Kopplung stellt auch einen Standortvorteil für die Ansiedlung von Industrien dar, die für ihren Produktionsprozess auf Wärmelieferung angewiesen sind.
4. Soweit ein Rechtsanspruch auf die Genehmigung eines Kohlekraftwerkes besteht, muss es zusätzlich auf eine spätere CO₂-Abscheidung vorbereitet sein.

Die norddeutschen Küstenländer werden im Hinblick auf die aktuellen Planungen zum Bau von Kraftwerken aufgefordert, eine aufeinander abgestimmte Standortplanung für Großkraftwerke zu erarbeiten und in ihren Landesplanungen umzusetzen. Gleichzeitig ist auf Bundesebene sicher zu stellen, dass, wenn neue Kraftwerke mit hohem Wirkungsgrad gebaut werden, im Gegenzug veraltete und damit in höherem Maße CO₂-emittierende Kraftwerke vom Netz genommen werden.

Stade, den 21. April 2008